

Interpellation: Geplanter Leistungsabbau beim öffentlichen Verkehr – Auswirkungen auf Wil

Im Rahmen des kantonalen Entlastungspakets EP2026plus schlägt die Regierung erhebliche Kürzungen beim öffentlichen Verkehr vor. Direkt betroffen wäre auch der Wiler Ortsbus: Die Linien 701 Wil Bahnhof–Neulanden–Spital und 704 Wil Bahnhof–Wilerwald sollen um rund 50 Prozent, die Linien 702 Wilen bei Wil–Wil Bahnhof–Rossrüti und 703 Reuttistrasse–Wil–Neugruben um rund 20 Prozent ausgedünnt werden. Die Umsetzung ist frühestens ab 2028 vorgesehen.

Diese geplanten Angebotsreduktionen stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu wichtigen laufenden und beschlossenen Planungen der Stadt Wil. Das neue Gesamtverkehrskonzept ist auf die Ortsplanungsrevision abgestimmt und bildet die fachliche Grundlage für den künftigen Richtplan Verkehr. Es sieht unter anderem Verbesserungen der Busverbindungen vor. Gleichzeitig soll der Bahnhof Wil mit einem neuen Bushof als zentrale Verkehrsdrehscheibe von Stadt und Region umfassend erneuert werden. Auch für die Entwicklung von WILWEST sowie zur Erreichung der städtischen Klima- und Mobilitätsziele ist ein attraktiver öffentlicher Verkehr von Bedeutung.

Fragen an den Stadtrat

1. Wie beurteilt der Stadtrat die geplanten Angebotsreduktionen auf den Wiler Buslinien 701 bis 704 grundsätzlich?
2. Sieht der Stadtrat Zielkonflikte mit dem Gesamtverkehrskonzept, der laufenden Ortsplanungsrevision, der Aufwertung des Bahnhofs zur Verkehrsdrehscheibe, der Entwicklung von WILWEST sowie den städtischen Klima- und Mobilitätszielen?
3. Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat durch die vorgesehenen Angebotsreduktionen auf die Erschliessungsqualität der betroffenen Quartiere, die Anschlussbeziehungen am Bahnhof Wil und das Verkehrsaufkommen? Entsteht daraus aus seiner Sicht zusätzlicher kommunaler Handlungsbedarf?
4. Wurde die Stadt Wil beziehungsweise die Regio Wil vor der Veröffentlichung der geplanten Angebotsreduktionen durch den Kanton einbezogen oder angehört? Falls ja: Welche Haltung hat der Stadtrat dabei vertreten?
5. Hat sich der Stadtrat bereits mit der Regio Wil, betroffenen Nachbargemeinden und/oder dem Kanton zu den geplanten Kürzungen koordiniert? Falls nein: Ist eine solche Koordination vorgesehen?
6. Ist der Stadtrat bereit, sich gegenüber Regierung und Kantonsrat öffentlich für den Erhalt eines leistungsfähigen Orts- und Regionalverkehrs und insbesondere gegen die vorgesehenen Angebotsreduktionen in Wil einzusetzen?

Antrag auf Dringlicherklärung

Der Kantonsrat berät das EP2026plus in der Wintersession vom 30. November bis 2. Dezember 2026. Damit die Haltung des Stadtrats und allfällige Interventionen der Stadt Wil gegenüber Kanton und Region noch vor den entscheidenden Beratungen bekannt sind und Wirkung entfalten können, wird beantragt, die Interpellation dringlich zu erklären.

Fraktion GRÜNE prowil
Michael Sarbach, Erstunterzeichner